

Planungen zur Hafensicherheitsrichtlinie könnten vor Ort in die Millionen gehen

MdLs und GelsenLog-Chef warnen

GE./Land. „Die von der Landesregierung geplante Umsetzung der sogenannten Hafensicherheitsrichtlinie kann von den Häfen nicht akzeptiert werden. Der federführende Landesverkehrsminister Oliver Wittke beweist damit erneut, dass er mit seinem Amt überfordert ist“, zu dieser drastischen Einschätzung kommen die beiden Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Markus Töns nach einem Informationsgespräch mit dem Geschäftsführer des Hafenbetreibers GelsenLog, Günther Friedrich, zu diesem Thema.

„Nur in Nordrhein-Westfalen wird bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Sicherheit in Häfen die Privatwirtschaft in die Pflicht genommen,“ erläuterte Markus Töns. „Risikoanalyse und Gefahrenabwehrpläne sollen die Hafenbetreiber erstellen. Das ist natürlich mit erheblichen Kosten und Wettbewerbsnachteilen verbunden. Das kann GelsenLog Millionen kosten,“ so Töns. Es werde eine Kostenspirale ausgelöst, bei der am Ende wieder mehr Güter vom Wasser auf die Straße verlagert würden.

„Angesichts der aktuellen Klimadiskussion sollte die Politik stattdessen einen Beitrag dazu leisten, dass mehr Güter auf dem Wasser transportiert werden und weniger auf den Straßen“, so Heike Gebhard. EU-weit sei es ein einmaliger Vorgang, hoheitliche Aufgaben wie die Gefahren- und Terrorabwehr auf die Privatwirtschaft abzuwälzen. „So hat sich die EU die Umsetzung ihres Konzeptes sicher nicht vorgestellt“, sind sich die beiden Abgeordneten sicher.

Sie sind der Ansicht: „Dieser Gesetzentwurf ist deshalb sowohl aus verkehrstechnischen als auch aus prinzipiellen Erwägungen heraus abzulehnen!“ Dies sähen die betroffenen Industrie- und Handelskammern sowie die Verbände der Logistikwirtschaft genauso.

Töns und Gebhard kündigten an, im Landtag gemeinsam mit den anderen von der geplanten Richtlinie betroffenen Abgeordneten eine Offensive gegen die Pläne der Landesregierung zu starten.

„Es bleibt zu hoffen, dass sich auch in der Regierungskoalition die Einsicht durchsetzt, dass die Häfen in Nordrhein-Westfalen in ihrer Existenz nicht gefährdet werden dürfen,“ so Gebhard abschließend.